

Verkündungsorgan für den Kreis Viersen sowie die Städte Kempen, Nettetal, Tönisvorst, Viersen, Willich und die Gemeinden Brüggen, Grefrath, Niederkrüchten, Schwalmthal

63. Jahrgang

Viersen, 23. August 2007

Nummer

**24**

## Inhaltsverzeichnis:

<b>Kreis:</b> Öffentliche Zustellungen .....	525
Öffentliche Zustellungen .....	525
<b>Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung</b>	
<b>Kreis Viersen gGmbH;</b> Jahresabschluss .....	526
<b>Nettetal:</b> Elektronische Melderegisterauskünfte .....	527
Auslegung Bebauungsplan Lo-228 "Am Amtsgericht" .....	528
Aufstellung Bebauungsplan Lo-228 "Am Amtsgericht" .....	529
Auslegung Bebauungsplan Ka-236 "Schindackersweg" .....	530
Aufstellung Bebauungsplan Ka-236 "Schindackersweg" .....	530
Auslegung Bebauungsplan Sh-234 "Westlich Annastraße" ....	532
Auslegung Bebauungsplan Ka-94 "Kölner Straße/Spitalstr." ....	533
Aufstellung Bebauungsplan Ka-94 "Kölner Straße/Spitalstr." ...	534
Auslegung Bebauungsplan Br-235 "Westlich Felderend" .....	536
Auslegung Bebauungsplan Sh-233 "Annastraße" .....	537
Einladung Ratssitzung .....	539
3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung .....	539
<b>Niederkrüchten:</b> Aufstellung Bebauungsplan Elm-110	
1. Änderung "Malerviertel" .....	540
Aufstellung und Auslegung Bebauungsplan Nie-26 B,	
26. Änderung "Birther Straße - Ost" .....	541
<b>Tönisvorst:</b> Bewilligung Wassergewinnungsanlage	
Anrath-Darderhöfe .....	541
Aufstellung Bebauungsplan Tö-17 II "Gewerbegebiet Nord,	
Neubearbeitung der Teile 1-3" .....	543
<b>Viersen:</b> Einladung Ratssitzung .....	544
Öffentliche Zustellung .....	545
<b>Niederrheinwerke Viersen GmbH;</b> Jahresabschluss .....	545
<b>Niederrheinwerke Netz GmbH;</b> Jahresabschluss .....	546
<b>Niederrheinwerke Viersen mobil GmbH;</b>	
Jahresabschluss .....	547
<b>Niederrheinwerke Viersen aktiv GmbH;</b>	
Jahresabschluss .....	548
<b>NiederrheinWasser GmbH;</b> Jahresabschluss .....	549
<b>Willich:</b> Bewilligung Wassergewinnungsanlage	
Anrath-Darderhöfe .....	550
Planfeststellung A 44 / A 52 .....	551
Ersatzbestimmung .....	553
<b>Sonstige Bekanntmachungen:</b>	
<b>Fischereigenossenschaft Schwalm;</b>	
Einladung Genossenschaftsversammlung .....	553
<b>Einwohnerzahlen</b> am 30. Juni 2007 .....	554

Fassung wird der

## **Bußgeldbescheid des Amtes für Ordnung und Straßenverkehr vom 11.07.2007 - Aktenzeichen 00074442900 - gegen:**

Herr Jan Jonker  
Regelandisstraat 60  
NL-8022BS Zwolle

öffentlich zugestellt, da die vorgenannte Person postalisch nicht zu erreichen ist.

Die öffentliche Zustellung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Viersen.

Der Bußgeldbescheid liegt beim Kreis Viersen, Amt für Ordnung und Straßenverkehr, Rathausmarkt 3, 41747 Viersen, Zimmer 1136 für den Empfänger offen und kann dort vom Empfänger eingesehen werden.

Der Bescheid gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt als zugestellt und wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn nicht innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung Einspruch eingelegt wird.

Viersen, 14.08.2007

Kreis Viersen  
Der Landrat  
Im Auftrag  
gez. Buschmann

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 525

## **Bekanntmachung des Kreises Viersen**

### **Öffentliche Zustellung eines Bußgeldbescheides**

Gemäß §§ 1 und 10 des Landeszustellungsgesetzes NW (LZG NW) vom 07.03.2006 in der derzeit gültigen

## **Bekanntmachung des Kreises Viersen**

### **Öffentliche Zustellung eines Bußgeldbescheides**

Ab **sofort** können Sie das Amtsblatt auch im Internet unter [www.kreis-viersen.de](http://www.kreis-viersen.de) unter "**Downloads - Amtsblätter**" - downloaden!

Gemäß §§ 1 und 10 des Landeszustellungsgesetzes NW (LZG NW) vom 07.03.2006 in der derzeit gültigen Fassung wird der

**Bußgeldbescheid des Amtes für Ordnung  
und Straßenverkehr vom 05.07.2007  
- Aktenzeichen 00092326748 -  
gegen:**

Herr Ahmet Aksu  
Oberstraße 4  
41749 Viersen

öffentlich zugestellt, da die vorgenannte Person postalisch nicht zu erreichen ist.

Die öffentliche Zustellung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Viersen.

Der Bußgeldbescheid liegt beim Kreis Viersen, Amt für Ordnung und Straßenverkehr, Rathausmarkt 3, 41747 Viersen, Zimmer 1136 für den Empfänger offen und kann dort vom Empfänger eingesehen werden.

Der Bescheid gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt als zugestellt und wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn nicht innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung Einspruch eingelegt wird.

Viersen, 07.08.2007

Kreis Viersen  
Der Landrat  
Im Auftrag  
gez. Buschmann

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 525

---

## **Bekanntmachung des Kreises Viersen**

### **Öffentliche Zustellung eines Bußgeldbescheides**

Gemäß §§ 1 und 10 des Landeszustellungsgesetzes NW (LZG NW) vom 07.03.2006 in der derzeit gültigen Fassung wird der

**Bußgeldbescheid des Amtes für Ordnung  
und Straßenverkehr vom 13.02.2007  
- Aktenzeichen 00092274264 -  
gegen:**

Herr Petrit Kryemeli  
Berliner Höhe 1  
41748 Viersen

öffentlich zugestellt, da die vorgenannte Person postalisch

talisch nicht zu erreichen ist.

Die öffentliche Zustellung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Viersen.

Der Bußgeldbescheid liegt beim Kreis Viersen, Amt für Ordnung und Straßenverkehr, Rathausmarkt 3, 41747 Viersen, Zimmer 1136 für den Empfänger offen und kann dort vom Empfänger eingesehen werden.

Der Bescheid gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt als zugestellt und wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn nicht innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung Einspruch eingelegt wird.

Viersen, 01.08.2007

Kreis Viersen  
Der Landrat  
Im Auftrag  
gez. Buschmann

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 526

---

## **Bekanntmachung der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung Kreis Viersen gGmbH**

### **Jahresabschluss 2006**

Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung Kreis Viersen gGmbH hat am 08.08.2007 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01.01. - 31.12.2006 festgestellt und beschlossen, dass der Jahresüberschuss von 268.520,89 EUR in Höhe von rd. 51.100 EUR zur Deckung des Kostenaufwandes für verschiedene, in der Beschlussvorlage näher beschriebene Maßnahmen der beschäftigungsfördernden kommunalen Arbeitsmarktpolitik im Geschäftsjahr 2007 eingesetzt wird. Der überwiegende Teilbetrag von 217.400 EUR wird einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt und für die anteilige Finanzierung dieser Maßnahmen im Geschäftsjahr 2008 verwendet.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte WWS Wirtz, Walter, Schmitz GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Nettetal, hat nach dem Ergebnis der Prüfung folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **Bestätigungsvermerk**

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lage-

bericht der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung Kreis Viersen gGmbH, Viersen, für das Geschäftsjahr vom 1.1.2006 bis 31.12.2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungsbelegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften (und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags) und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

Nettetal, 17. Juni 2007

WWS Wirtz, Walter, Schmitz GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Walter                      gez. Post

Wirtschaftsprüfer              Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung Kreis Viersen gGmbH zum 31.12.2006 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) liegt vom Tage der Veröffentlichung an eine Woche lang während der Geschäftsstunden in den Räumen der Geschäftsführung der GFB Kreis Viersen gGmbH, Willy-Brandt-Ring 15 (1. Obergeschoss), 41747 Viersen, zur Einsicht offen.

Viersen, den 14.08.2007

gez. Werner Schieß  
Geschäftsführer

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 526

## **Bekanntmachung der Stadt Nettetal**

**Der Bürgerservice der Stadt Nettetal informiert  
zum Meldegesetz Nordrhein-Westfalen über  
Elektronische Melderegisterauskünfte über das  
Internet:**

**Widerspruch und Einwilligung bei Melderegister-  
auskünften möglich**

Zur Erteilung einfacher Melderegisterauskünfte im Wege des automatisierten Abrufs über das Internet (§ 21 Abs. 1a des Melderechtsrahmengesetzes) und zu Melderegisterauskünften in besonderen Fällen (§ 35 Abs. 1 bis 4 des Meldegesetzes Nordrhein-Westfalen) informiert der Bürgerservice über bestehende Einwilligungs- und Widerspruchsmöglichkeiten.

### **Widerspruchsrecht**

Wenn die Einwohner der Stadt Nettetal nicht ausdrücklich widersprechen, darf der Bürgerservice nach den Vorschriften des Meldegesetzes Nordrhein-Westfalen Auskünfte einzelner bestimmter Einwohner und in den nachstehenden Fällen Gruppenauskünfte aus dem Melderegister über Vor- und Familiennamen, Doktorgrad und Anschriften erteilen:

- Auskünfte über die Wahlberechtigten an Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Parlaments- und Kommunalwahlen in den sechs der Wahl vorausgehenden Monaten.
- Auskünfte an Antragsteller und Parteien im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheiden.

### - **Besonderheit: Internetauskünfte**

Im Zuge des Ausbaus der modernen elektronischen Kommunikation bei der Stadt Nettetal können Auskünfte aus dem Melderegister auch im Wege eines automatisierten Abrufs über das Internet eingeholt werden. Auch dieser besonderen Form der Auskunftserteilung kann man ausdrücklich widersprechen. Eine Auskunftserteilung in elektronischer Form über das Internet ist nur bei den Einwohnern möglich, die nicht zuvor dieser Art der Auskunftserteilung widersprochen haben.

### **B. Einwilligungserfordernis**

In den nachstehenden aufgeführten Fällen dürfen Melderegisterauskünfte nur dann erteilt werden, wenn die betroffenen Bürger/innen zuvor schriftlich eingewilligt haben:

Auskünfte über Alters- und Ehejubiläen von Einwohnern an Mitgliedern parlamentarischer und kommunaler Vertretungskörperschaften sowie an Presse und Rundfunk.

Auskünfte über sämtliche Einwohner, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, an Adressbuchverlage zum Zweck der Veröffentlichung in gedruckten Adressbüchern.

### **C. Form des Widerspruchs bzw. der Einwilligung**

Jede im Einwohnermelderegister der Stadt Nettetal eingetragene Person hat das Recht, einer Auskunftserteilung in den oben genannten Fällen zu widersprechen oder die erforderliche Einwilligung zu erteilen oder zu versagen.

Der Widerspruch / Die Einwilligung kann formlos beim Bürgerservice der Stadt Nettetal, Doerkesplatz 11, 41334 Nettetal erklärt werden. Dies ist auch möglich bei den Verwaltungsstellen in Breyell, Lambertimarkt 1 und in Kaldenkirchen, Kehrstr. 93, beides in 41334 Nettetal.

Die Eröffnung des Zugangs zur elektronischen Auskunftserteilung erfolgt einen Monat nach dieser Bekanntmachung.

Nettetal, 16.08.2007

Im Auftrag  
gez. Reiffs

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 527

## **Bekanntmachung der Stadt Nettetal**

### **Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Lo-228 „Am Amtsgericht“ im Stadtteil Lobberich**

Der Ausschuss für Stadtplanung hat am 24.05.2007

die Aufstellung des Bebauungsplanes Lo-228 „Am Amtsgericht“ gem. § 13a BauGB beschlossen.

Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtplanung in seiner Sitzung am 24.05.2007 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Lo-228 „Am Amtsgericht“ nebst Begründung gem. § 3 (2) in Verbindung mit § 13a BauGB beschlossen. Das Plangebiet liegt westlich der Färberstraße bzw. nördlich der Steegerstraße hinter dem Amtsgericht.

Der Geltungsbereich ist aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich.

Folgendes wird gem. § 3 (2) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung ortsüblich bekanntgemacht:

Der Entwurf nebst Begründung zu diesem Bebauungsplan wird in der Zeit vom **31. August 2007** bis einschließlich **1. Oktober 2007** während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr	und	von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr
sowie		
freitags		von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr

im Rathaus der Stadt Nettetal, Doerkesplatz 11, Fachbereich Stadtplanung **im Flur vor den Zimmern 305 und 306** zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Zusätzlich wird gem. § 13a Abs. 3 BauGB hiermit öffentlich bekanntgemacht, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.

Folgende umweltbezogene Gutachten sind verfügbar:

- Schalltechnisches Gutachten
- Hydrogeologisches Gutachten

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Entwürfen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Nettetal, Zimmer 306, 307, 320 bis 323 des o.g. Rathauses vorgebracht werden.

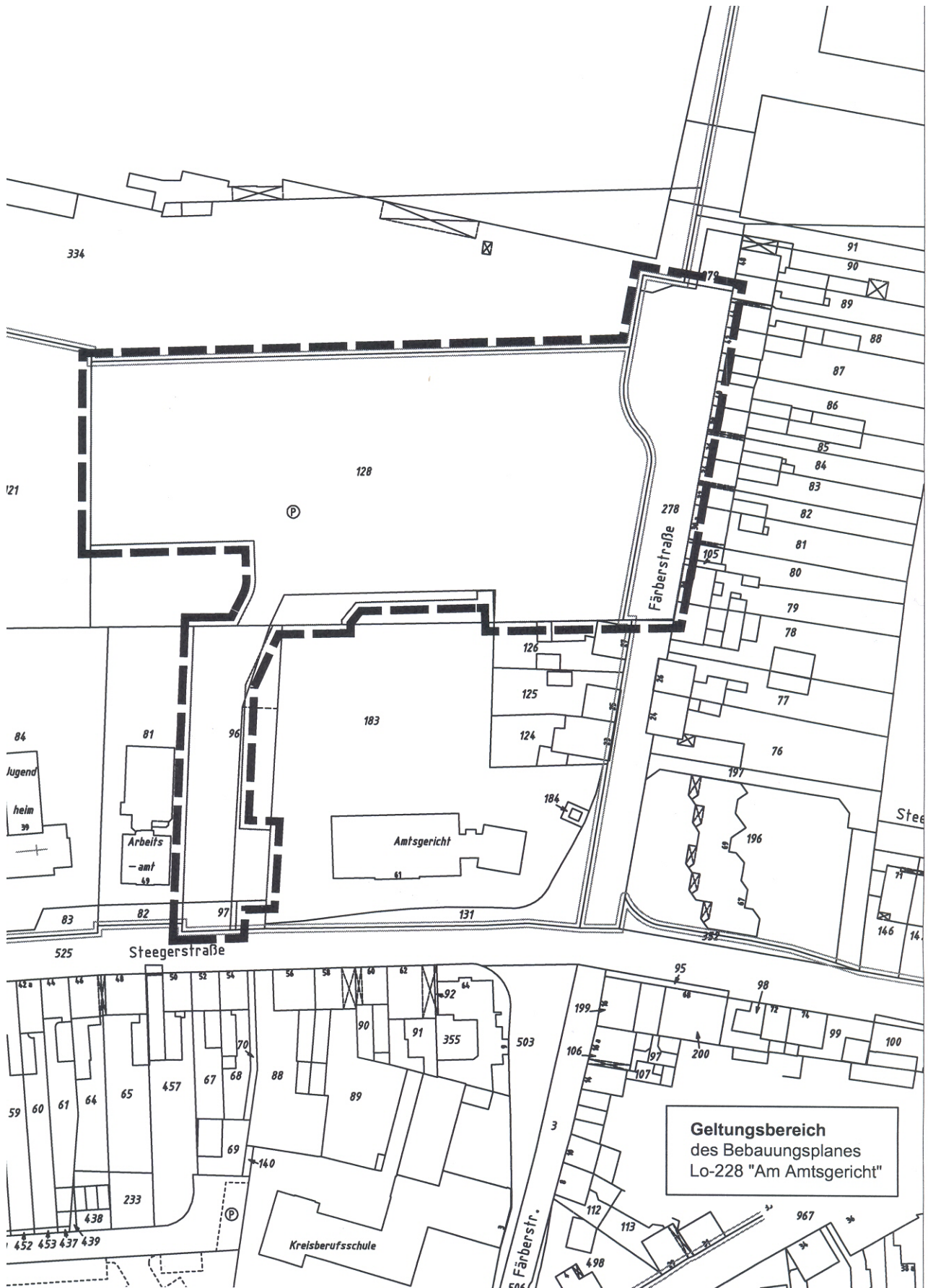
Es wird ferner darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 2 2. Halbsatz BauGB nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Über die fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Stadt Nettetal.

Nettetal, 15.08.2007



Im Auftrag  
gez. Grün



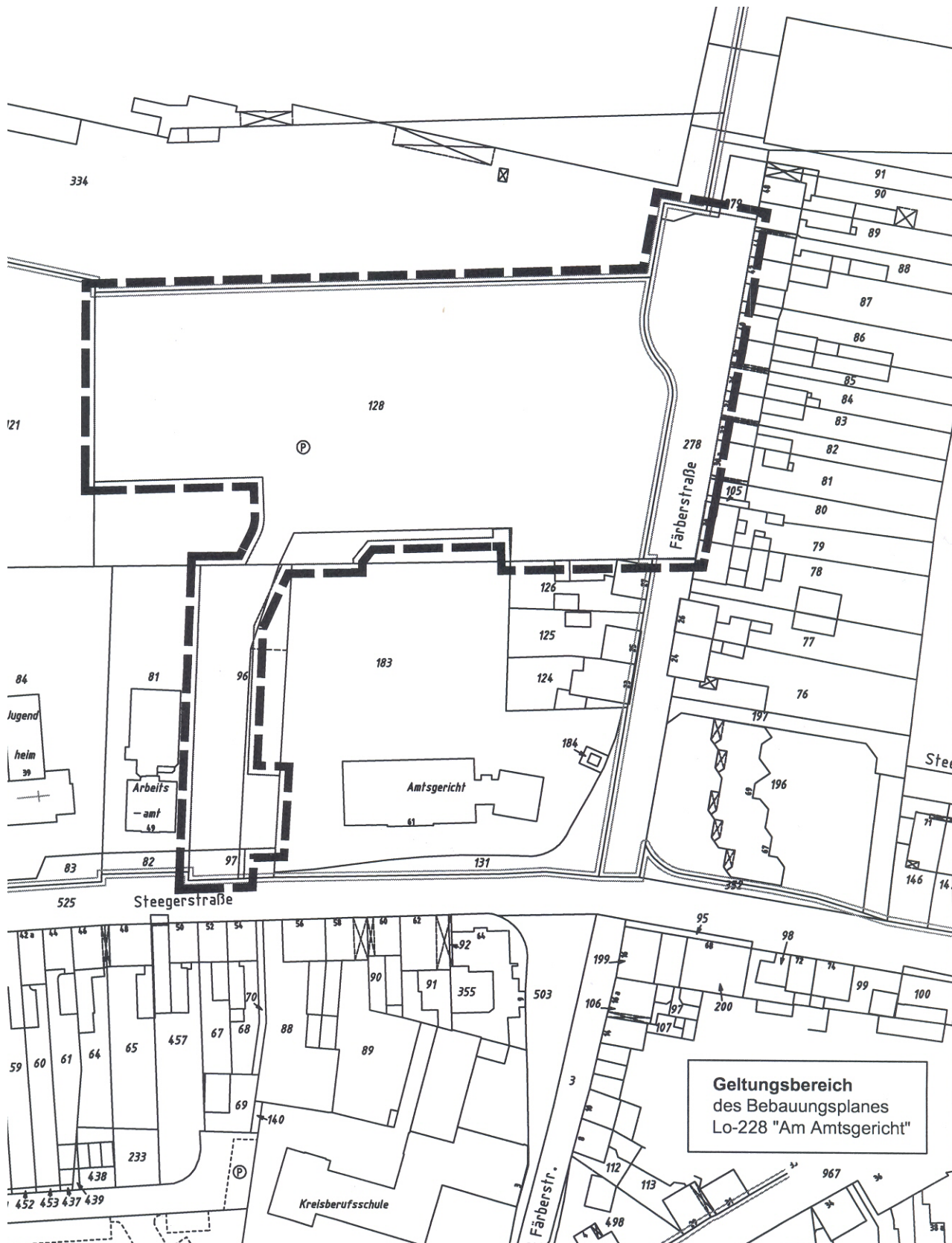
# Bekanntmachung der Stadt Nettetal

# über die Aufstellung des Bebauungsplanes Lo-228 „Am Amtsgericht“ im Stadtteil Lobberich

Der Ausschuss für Stadtplanung der Stadt Nettetal hat in seiner Sitzung am 24.05.2007 die Aufstellung des

Bebauungsplanes Lo-228 „Am Amtsgericht“ gemäß  
§ 13 a BauGB beschlossen.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13 a Abs. 1 Nummer 1 BauGB und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 des Baugesetzbuches durchgeführt.



Das Plangebiet liegt westlich der Färberstraße bzw. nördlich der Steegerstraße hinter dem Amtsgericht.

- Landschaftspflegerischer Fachbeitrag
- Schalltechnisches Gutachten

Ziel ist die planungsrechtliche Absicherung des Zentralparkplatzes. Gleichzeitig ist westlich der Färberstraße eine seniorengerechte Wohnanlage geplant.

Der Geltungsbereich ist auf dem beigefügten Lageplan gekennzeichnet.

Nettetal, den 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grün

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 530

## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

### Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Ka-236 „Schindackersweg“ im Stadtteil Kaldenkirchen

Der Ausschuss für Stadtplanung hat am 07. Dezember 2006 die Aufstellung des Bebauungsplanes Ka-236 „Schindackersweg“ beschlossen.

Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtplanung in seiner Sitzung am 24.05.2007 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Ka-236 „Schindackersweg“ nebst Begründung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen. Das Plangebiet liegt im Westen des Stadtteiles Kaldenkirchen, nördlich der Straße „Schindackersweg“.

Der Geltungsbereich ist aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich.

Folgendes wird gem. § 3 (2) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung ortsüblich bekanntgemacht:

Der Entwurf nebst Begründung (einschließlich Umweltbericht) zu diesem Bebauungsplan wird in der Zeit vom **31. August 2007** bis einschließlich **01. Oktober 2007** während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
sowie  
freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr

im Rathaus der Stadt Nettetal, Doerkesplatz 11, Fachbereich Stadtplanung **im Flur vor den Zimmern 305 und 306** zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Folgende umweltbezogene Gutachten sind verfügbar:

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Entwürfen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Nettetal, Zimmer 306, 307, 320 bis 323 des o.g. Rathauses vorgebracht werden.

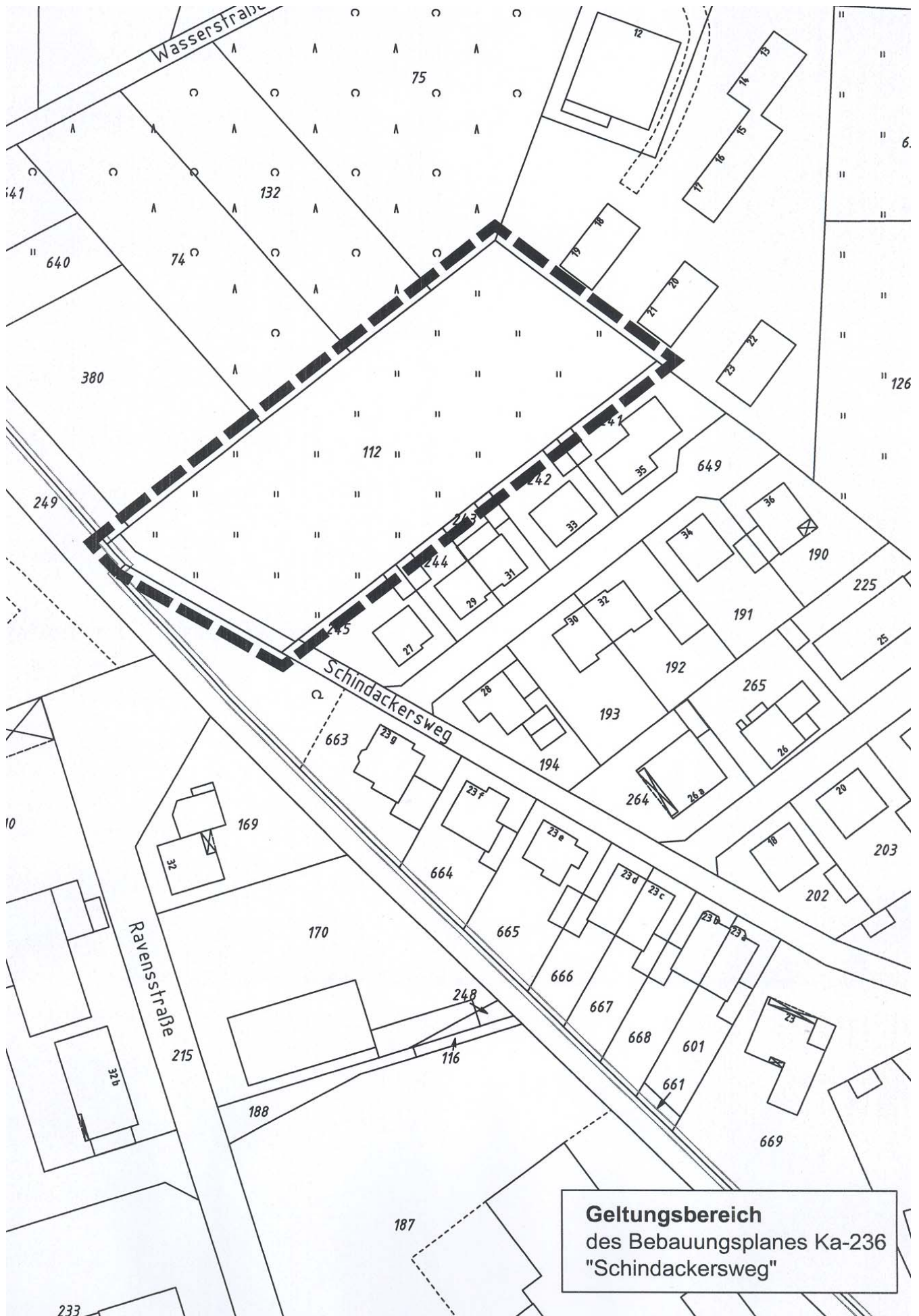
Es wird ferner darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 2 2. Halbsatz BauGB nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Über die fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Stadt Nettetal.

Nettetal, 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grün





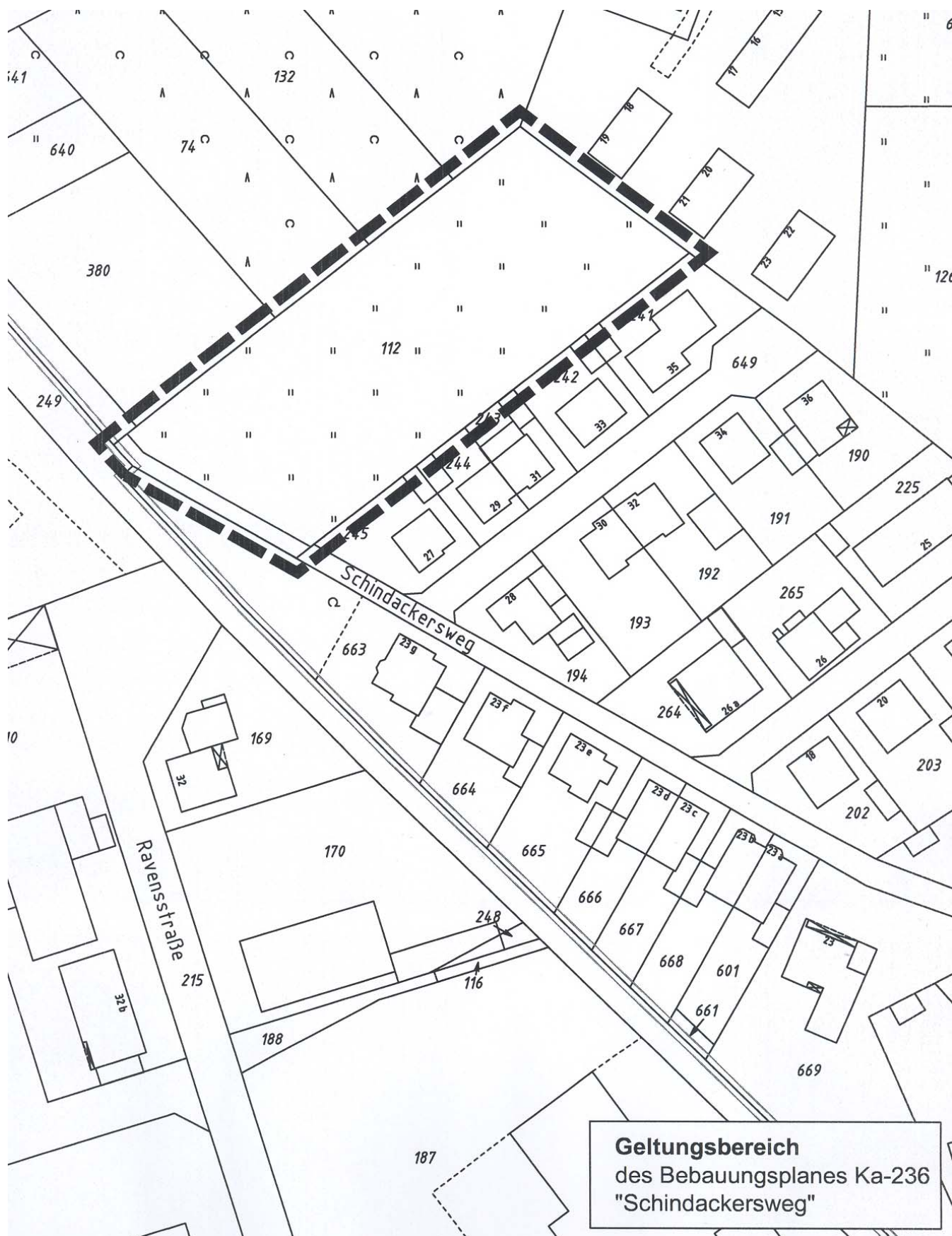


## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

Der Ausschuss für Stadtplanung der Stadt Nettetal hat in seiner Sitzung am 07.12.2006 die Aufstellung des Bebauungsplanes Ka-236 „Schindackersweg“ beschlossen.

über die Aufstellung des Bebauungsplanes Ka-236 „Schindackersweg“ im Stadtteil Kaldenkirchen

Das Plangebiet liegt im Westen des Stadtteils Kaldenkirchen, nördlich der Straße „Schindackersweg“.



weg“.

Durch die Aufstellung dieses Bebauungsplanes sollen Baumöglichkeiten zur Errichtung von Einzel- und Doppelhäusern geschaffen werden. Ziel der Planung ist eine nutzungsverträgliche Erweiterung der vorhandenen Siedlung.

Der Geltungsbereich ist auf dem beigefügten Lageplan gekennzeichnet.

Nettetal, den 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grünh

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 533

## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

### Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Sh-234 „Westlich Annastraße“ im Stadtteil Schaag

Der Ausschuss für Stadtplanung hat am 24.05.2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes Sh-234 „Westlich Annastraße“ gem. § 13a BauGB beschlossen.

Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtplanung in seiner Sitzung am 14.08.2007 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Sh-234 „Westlich Annastraße“ nebst Begründung gem. § 3 (2) in Verbindung mit § 13a BauGB beschlossen. Das Plangebiet liegt im Nordwesten des Stadtteilzentrums Schaag an einem kurzen Erschließungstich der Annastraße.

Der Geltungsbereich ist aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich.

Folgendes wird gem. § 3 (2) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung ortsüblich bekanntgemacht:

Der Entwurf nebst Begründung zu diesem Bebauungsplan wird in der Zeit vom **31. August 2007** bis einschließlich **1. Oktober 2007** während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
sowie  
freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr

im Rathaus der Stadt Nettetal, Doerkesplatz 11,  
Fachbereich Stadtplanung **im Flur vor den Zimmern 305 und 306** zu jedermanns Einsicht öffentlich

ausgelegt.

Zusätzlich wird gem. § 13a Abs. 3 BauGB hiermit öffentlich bekanntgemacht, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.

Folgende umweltbezogene Gutachten sind verfügbar:

- Schalltechnisches Gutachten
- Bodengutachten

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Entwürfen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Nettetal, Zimmer 306, 307, 320 bis 323 des o.g. Rathauses vorgebracht werden.

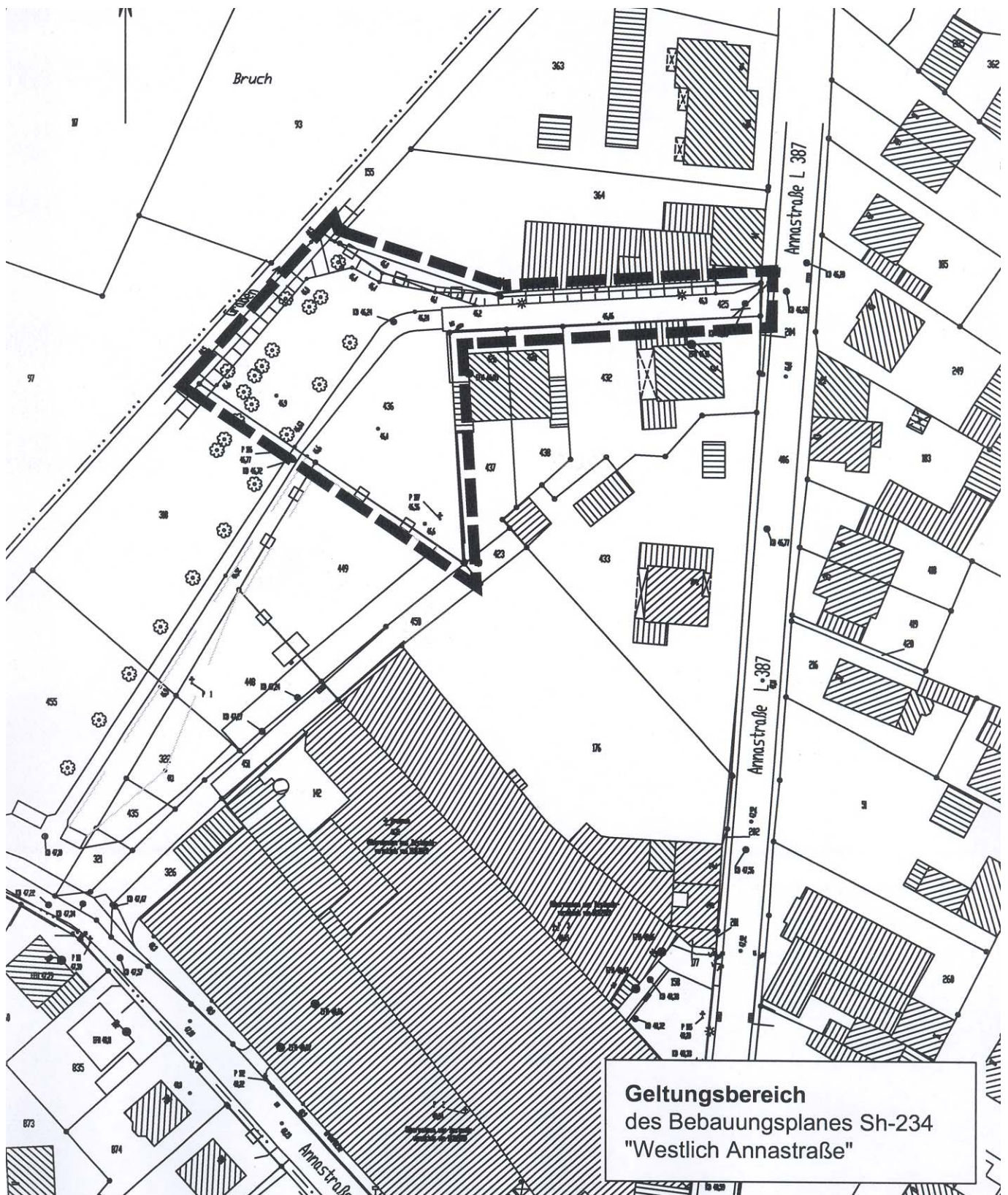
Es wird ferner darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 2 2. Halbsatz BauGB nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Über die fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Stadt Nettetal.

Nettetal, 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grünh





Abl. Krs. Vie. 2007, S. 534



## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

### Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Ka-94 „Kölner Straße/Spitalstraße“ im Stadtteil Kaldenkirchen

Der Ausschuss für Stadtplanung hat am 24. Mai 2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes Ka-94 „Kölner Straße/ Spitalstraße“ gem. § 13a BauGB beschlossen.

Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtplanung in seiner Sitzung am 14.08.2007 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Ka-94 „Kölner Straße/ Spitalstraße“ nebst Begründung gem. § 3 (2) in Verbindung mit § 13a BauGB beschlossen. Das Plangebiet liegt im Süden des Stadtteilzentrums Kaldenkirchen östlich der Kölner Straße und westlich der Spitalstraße.

Der Geltungsbereich ist aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich.

Folgendes wird gem. § 3 (2) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung ortsüblich bekanntgemacht:

Der Entwurf nebst Begründung zu diesem Bebauungsplan wird in der Zeit vom **31. August 2007** bis einschließlich **01. Oktober 2007** während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
sowie  
freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr

im Rathaus der Stadt Nettetal, Doerkesplatz 11, Fachbereich Stadtplanung **im Flur vor den Zimmern 305 und 306** zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Ergänzend findet am 11.09.2007 um 18:00 Uhr in der Aula der Hauptschule Kaldenkirchen, Buschstraße 28, Eingang gegenüber dem Nettebad, eine Bürgerversammlung statt, in der die beabsichtigte Planung an Hand von Plankonzepten erläutert und erörtert werden soll.

Dazu sind alle interessierten Bürger eingeladen

Zusätzlich wird gem. § 13a Abs. 3 BauGB hiermit öffentlich bekanntgemacht, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.

Folgende umweltbezogene Gutachten sind verfügbar:

- Schalltechnisches Gutachten
- Grünplanerischer Fachbeitrag

- Hydrogeologisches Gutachten

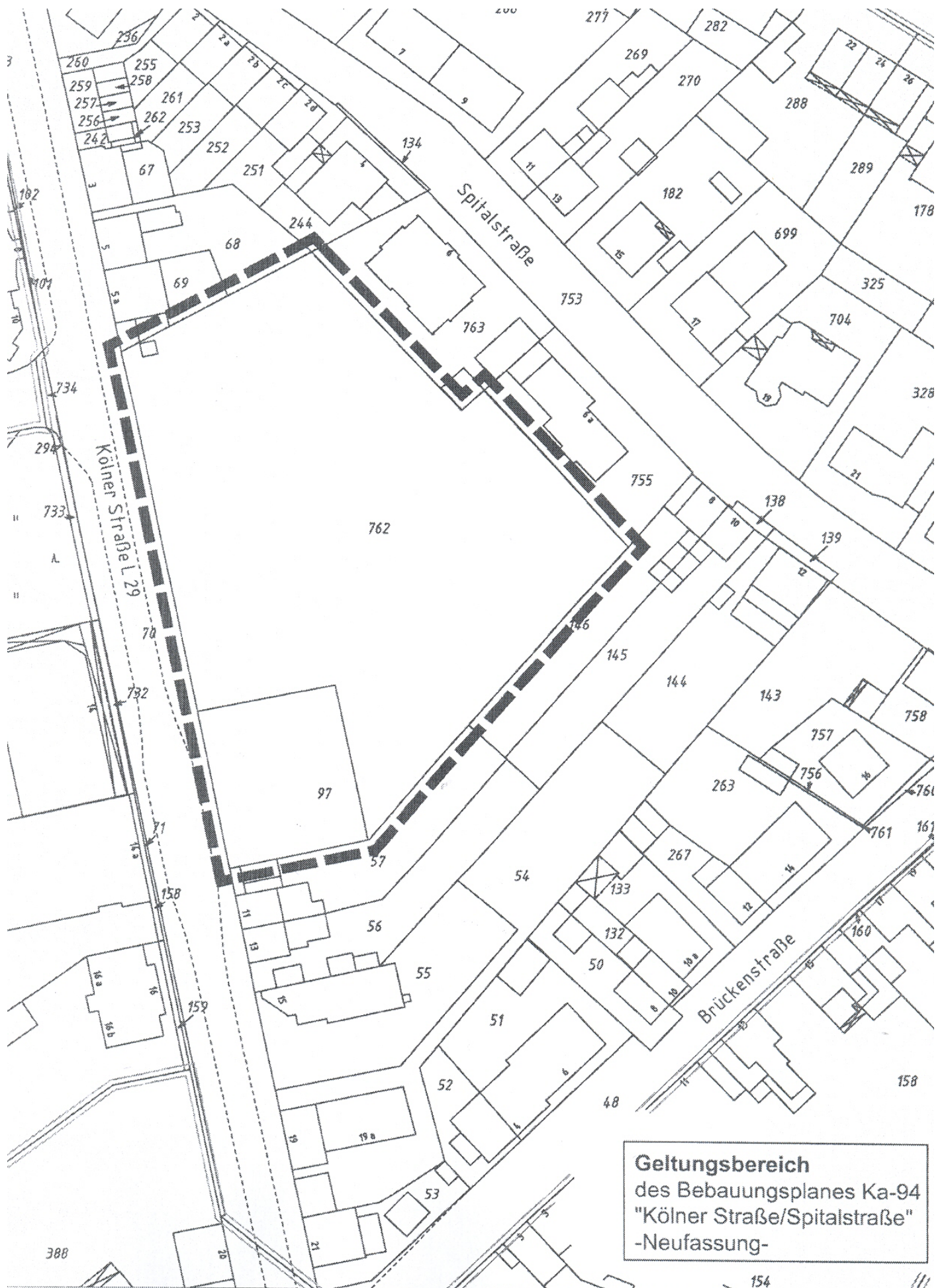
Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Entwürfen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Nettetal, Zimmer 306, 307, 320 bis 323 des o.g. Rathauses vorgebracht werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 2 2. Halbsatz BauGB nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Über die fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Stadt Nettetal.

Nettetal, 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grünh



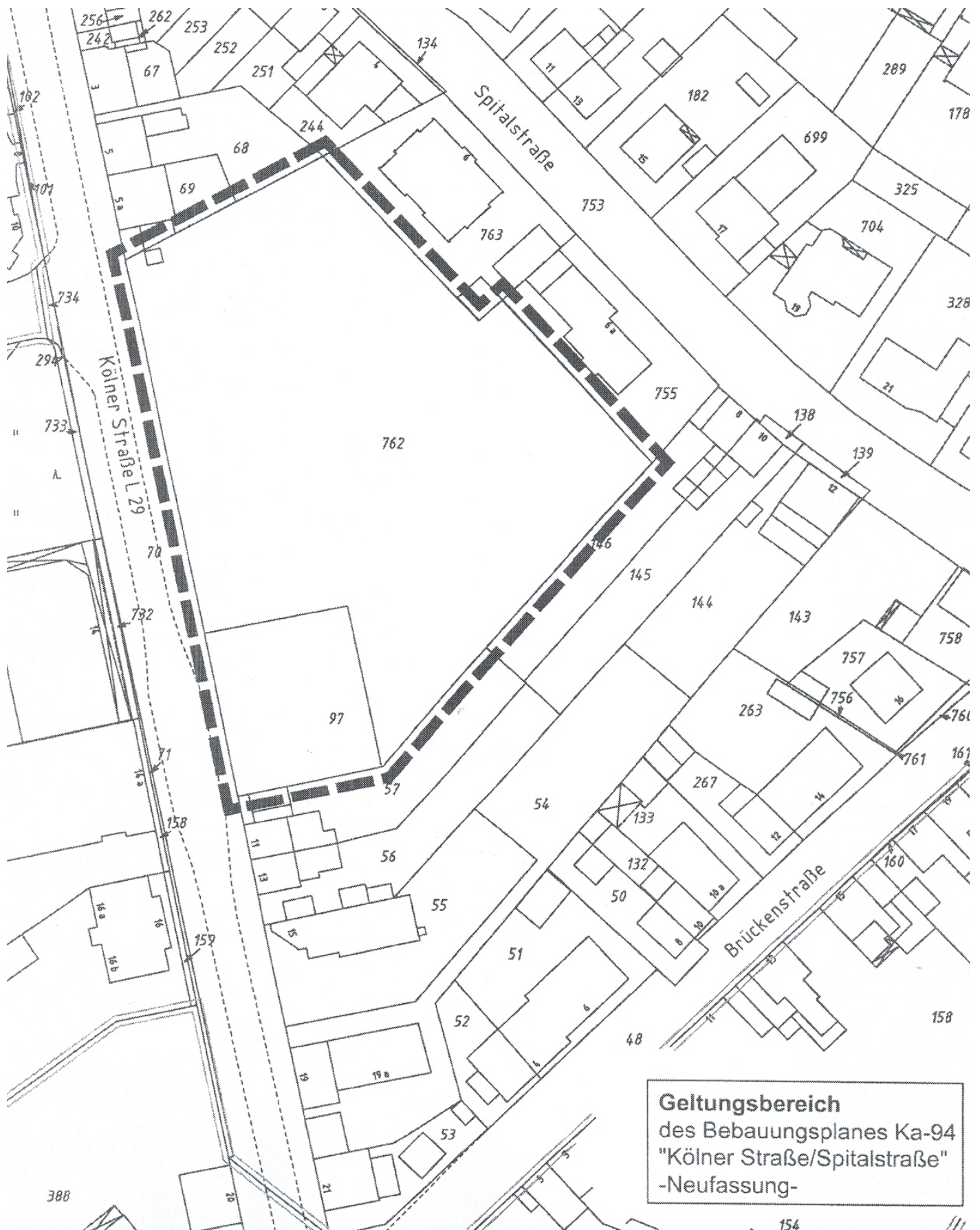


## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

über die Aufstellung des Bebauungsplanes Ka-94 „Kölner Straße/ Spitalstraße“ im Stadtteil Kaldenkirchen

Der Ausschuss für Stadtplanung der Stadt Nettetal hat in seiner Sitzung am 24.05.2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes Ka-94 „Kölner Straße/ Spitalstraße“ gem. § 13a BauGB beschlossen.

Das Plangebiet liegt im Süden des Stadtteilzentrums Kaldenkirchen östlich der Kölner Straße und westlich





der Spitalstraße.

Da der Bereich im Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept für die Stadt Nettetal der Stadt Nettetal als möglicher Ergänzungsstandort für die Nahversorgung dargestellt ist, beabsichtigt nunmehr ein Projektentwickler einen Discount- / Nahversorgungsmarkt auf diesem Grundstück zu errichten.

Der Geltungsbereich ist auf dem beigefügten Lageplan gekennzeichnet.

Nettetal, den 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grün

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 538

## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

### Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Br-235 „Westlich Felderend“ im Stadtteil Breyell

Der Ausschuss für Stadtplanung hat am 24.05.2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes Br-235 „Westlich Felderend“ gem. § 13a BauGB beschlossen.

Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtplanung in seiner Sitzung am 14.08.2007 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Br-235 „Westlich Felderend“ nebst Begründung gem. § 3 (2) in Verbindung mit § 13a BauGB beschlossen. Das Plangebiet liegt im Süden des Stadtteilzentrums Breyell zwischen der Josefstraße und der Straße Felderend.

Der Geltungsbereich ist aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich.

Folgendes wird gem. § 3 (2) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung ortsüblich bekanntgemacht:

Der Entwurf nebst Begründung zu diesem Bebauungsplan wird in der Zeit vom **31. August 2007** bis einschließlich **1. Oktober 2007** während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
sowie  
freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr

im Rathaus der Stadt Nettetal, Doerkesplatz 11, Fachbereich Stadtplanung **im Flur vor den Zimmern 305 und 306** zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Zusätzlich wird gem. § 13a Abs. 3 BauGB hiermit öffentlich bekanntgemacht, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.

Folgende umweltbezogene Gutachten sind verfügbar:

- Schalltechnisches Gutachten
- Hydrogeologisches Gutachten

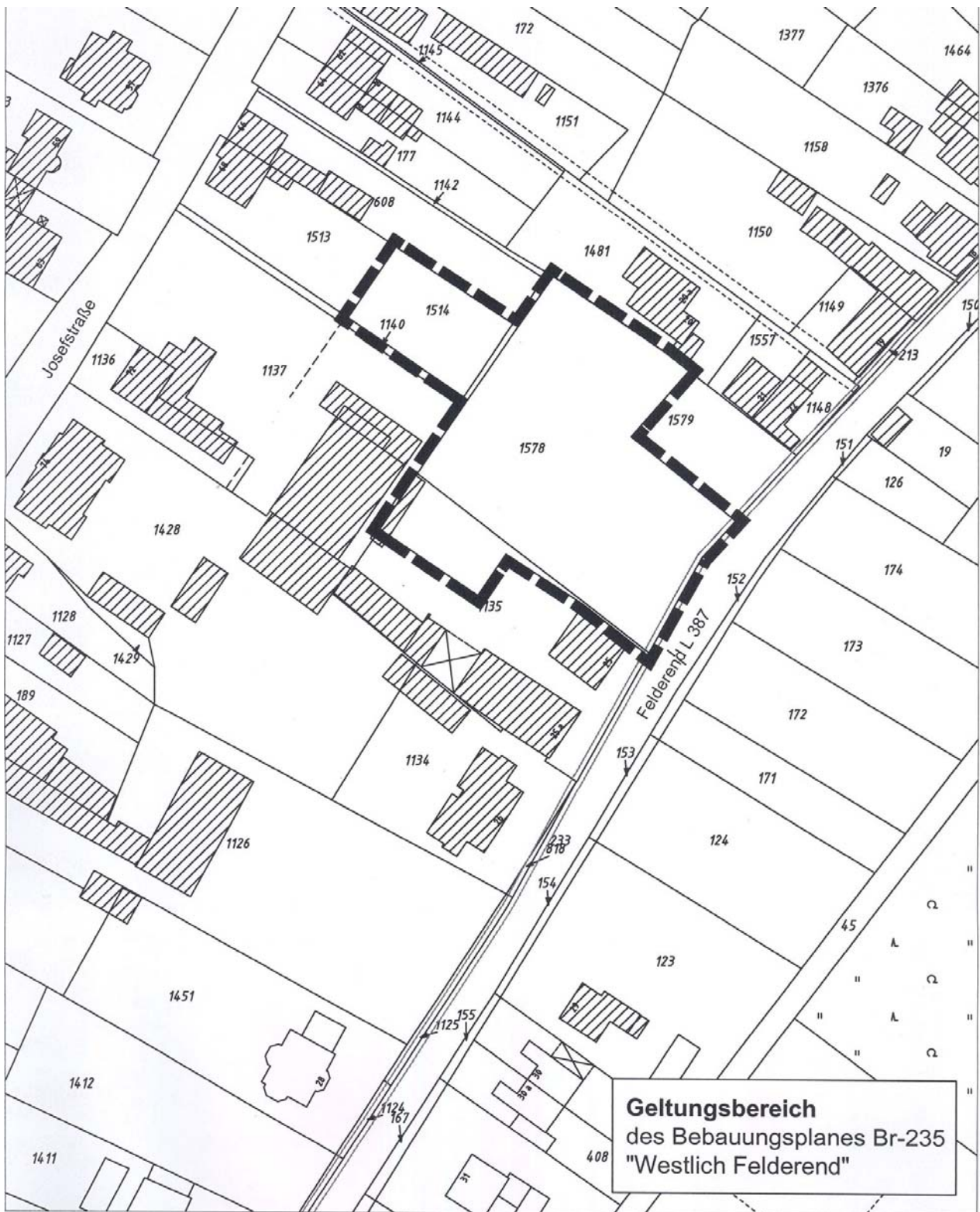
Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Entwürfen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Nettetal, Zimmer 306, 307, 320 bis 323 des o.g. Rathauses vorgebracht werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 2 2. Halbsatz BauGB nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Über die fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Stadt Nettetal.

Nettetal, 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grün



Abl. Krs. Vie. 2007, S. 539

## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

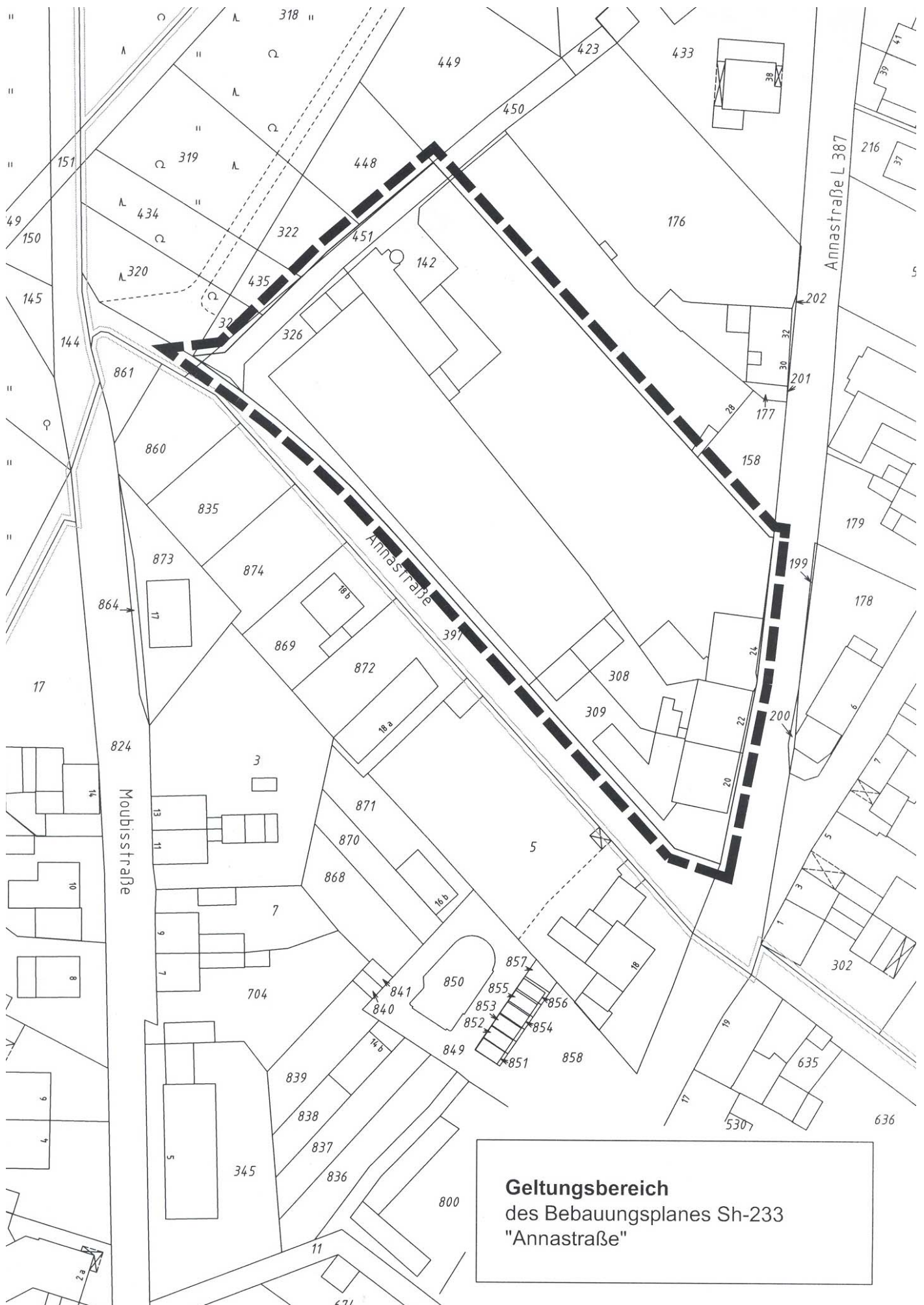
### Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Sh-233 „Annastraße“ im Stadtteil Schaag

Der Ausschuss für Stadtplanung hat am 24.05.2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes Sh-233

„Annastraße“ gem. § 13a BauGB beschlossen.

Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtplanung in seiner Sitzung am 14.08.2007 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Sh-233 „Annastraße“ nebst Begründung gem. § 3 (2) in Verbindung mit § 13a BauGB beschlossen. Das Plangebiet liegt im Nordwesten des Stadtteilzentrums Schaag an der Annastraße.







Der Geltungsbereich ist aus dem beigegeführten Lageplan ersichtlich.

Folgendes wird gem. § 3 (2) BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung ortsüblich bekanntgemacht:

Der Entwurf nebst Begründung zu diesem Bebauungsplan wird in der Zeit vom **31. August 2007** bis einschließlich **1. Oktober 2007** während der allgemeinen Dienststunden, und zwar

montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
sowie  
freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr

im Rathaus der Stadt Nettetal, Doerkesplatz 11, Fachbereich Stadtplanung **im Flur vor den Zimmern 305 und 306** zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Zusätzlich wird gem. § 13a Abs. 3 BauGB hiermit öffentlich bekanntgemacht, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.

Folgende umweltbezogene Gutachten sind verfügbar:

- Schalltechnisches Gutachten
- Bodengutachten

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu den Entwürfen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Nettetal, Zimmer 306, 307, 320 bis 323 des o.g. Rathauses vorgebracht werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass gemäß § 3 Abs. 2 2. Halbsatz BauGB nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Über die fristgerecht vorgebrachten Stellungnahmen entscheidet der Rat der Stadt Nettetal.

Nettetal, 15.08.2007

Im Auftrag  
gez. Grün

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 540

## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

Am Donnerstag, den 30.08.2007, **18.00 Uhr**, findet im Ratssaal des Rathauses Nettetal, Doerkesplatz 11, 1. Obergeschoss, die 21. Sitzung des Rates der Stadt Nettetal statt.

### Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen der Verwaltung
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
3. 2. Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Nettetal vom 14.09.2005
4. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Nettetal für Vorhaben im Innenstadtbereich
5. Ausschuss- und Gremienumbesetzungen
  - a) Antrag der SPD-Fraktion auf Ausschuss- und Gremienumbesetzungen
  - b) Antrag der FDP-Fraktion auf Ausschuss-umbesetzungen
6. Abberufung des bisherigen Betriebsleiters der NetteAgentur / Bestellung eines Betriebsleiters für die NetteAgentur
7. Bau einer Doppelfeldturnhalle im Stadtteil Kaldenkirchen;  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.01.2006, Beratungsvorlagen im Haupt- und Finanzausschuss vom 23.11.2006 und 16.08.2007
8. Bewerbung der Stadt Nettetal um Mini-Spielfelder des DFB
9. Einbringung des Doppelhaushaltes 2007/2008
10. Vorzeitige Mittelfreigabe
  - a) Anschaffung persönlicher und sächlicher Ausrüstung der Feuerwehr in Höhe von 50.000 EUR bei der Haushaltsstelle 1.130.9351.0
  - b) Auftragsvergabe Schulentwicklungsplanung
11. Landesfond "Kein Kind ohne Mahlzeit"
12. Anfragen von Ratsmitgliedern gem. § 22 der Geschäftsordnung

### Nichtöffentliche Sitzung

13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Grundstücksangelegenheiten
15. Finanzangelegenheiten
16. Wirtschaftsförderungsangelegenheiten
17. Personalangelegenheiten
18. Anfragen von Ratsmitgliedern gem. § 22 der Geschäftsordnung

Zu der öffentlichen Sitzung hat jedermann Zutritt.

Stadt Nettetal  
gez. Wagner  
Bürgermeister

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 542

## Bekanntmachung der Stadt Nettetal

### 3. Änderungssatzung vom 13.06.2007 zur Hauptsatzung der Stadt Nettetal vom 14.09.2005 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 18.09.2006

Aufgrund des § 7 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S.666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV NRW S. 498), hat der Rat der Stadt Nettetal am 13.06.2007 folgende Satzung beschlossen:

#### Artikel I

§ 16 Abs. 5 Satz 3 der Hauptsatzung wie folgt geändert:

Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gezahlt wird, wird für die sachkundigen Bürger auf 15 Sitzungen im Jahr beschränkt.

#### Artikel II

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

#### Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende 3. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Nettetal vom 14.09.2005 in der Fassung der 2. Änderung vom 18.09.2006 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

#### Hinweis:

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen der vorstehenden Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht

durchgeführt,

- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Nettetal, den 16.08.2007

gez. Wagner  
Bürgermeister

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 543

## Bekanntmachung der Gemeinde Niederkrüchten

### über die Aufstellung des Bebauungsplanes Elm-110, 1. Änderung "Malerviertel" sowie über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Der Rat der Gemeinde Niederkrüchten hat in seiner Sitzung am 30. Mai 2006 die Aufstellung des Bebauungsplanes Elm-110, 1. Änderung "Malerviertel" beschlossen.

Der Planungs- und Verkehrsausschuss der Gemeinde Niederkrüchten hat in seiner Sitzung am 13. August 2007 gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert am 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) beschlossen, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Die Bebauungsplanänderung kann in der Zeit vom

**03. September 2007 bis einschließlich  
12. Oktober 2007  
(außer Freitag, 07. September 2007),**

im Fachbereich II, Planen, Bauen, Umwelt der Gemeindeverwaltung Niederkrüchten, Rathaus Elmpt, Laurentiusstraße 19, Zimmer 2, während folgender Dienststunden eingesehen werden:  
Montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr,  
montags, dienstags und donnerstags von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, mittwochs von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr  
sowie freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Äußerungen zu der Planung können in der Zeit vom 03. September 2007 bis einschließlich 12. Oktober

2007 schriftlich oder mündlich zur Niederschrift (außer Freitag, 07. September 2007) vorgebracht werden.

Mit Ablauf des 12. Oktober 2007 ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB abgeschlossen.

Die Abgrenzung des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem nachfolgend abgedruckten Kartenausschnitt.

Niederkrüchten, den 15. August 2007

Der Bürgermeister  
gez. Winzen



Abl. Krs. Vie. 2007, S. 543

## Bekanntmachung der Gemeinde Niederkrüchten

### über die Aufstellung und Auslegung des Bebauungsplanes Nie-26 B, 6. (vereinfachte) Änderung „Birther Straße - Ost“

Der Planungs- und Verkehrsausschuss der Gemeinde Niederkrüchten hat in seiner Sitzung am 13. August 2007 gemäß §§ 2 Abs. 1, 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert am 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung und Auslegung des Bebauungsplanes Nie-26 B, 6. (vereinfachte) Änderung „Birther Straße – Ost“ beschlossen. Von einer Umweltprüfung wird abgesehen.

Aufgrund dieser Beschlussfassung liegt der Entwurf der Bebauungsplanänderung einschließlich Begründung in der Zeit vom **03. September 2007** bis einschließlich **12. Oktober 2007 (außer Freitag, 07. September 2007)** im Fachbereich II, Planen, Bauen, Umwelt der Gemeindeverwaltung Niederkrüchten, Rathaus Elmpt, Laurentiusstraße 19, Zimmer 2, während folgender Dienststunden öffentlich aus:

Montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr, montags, dienstags und donnerstags von 14.00

Uhr bis 16.00 Uhr, mittwochs von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr sowie freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zum Entwurf dieser Bebauungsplanänderung bei der o.g. Dienststelle schriftlich oder mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abge-





gebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können. Über die fristgerecht vorgebrachten Anregungen beschließt der Rat der Gemeinde Niederkrüchten.

Die Abgrenzung des Planentwurfes ergibt sich aus dem nachstehend abgedruckten Kartenausschnitt.

Niederkrüchten, den 15. August 2007

Der Bürgermeister  
gez. Winzen

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 544

## **Bekanntmachung der Stadt Tönisvorst**

### **über die Auslegung eines Antrags auf Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung für die Wassergewinnungsanlage Anrath-Darderhöfe der Wasserwerk Willich GmbH**

Der bei der Bezirksregierung Düsseldorf gestellte Antrag der Wasserwerk Willich GmbH (Unternehmerin) auf Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung gemäß §§ 2, 3, 4, 5 und 8 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10.05.2007 (BGBl. I S. 666) i. V. m. §§ 24, 26, 45 und 47 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) in der Fassung vom 25.06.1995 (GV. NRW. S. 926 / SGV. NRW. Nr. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV NRW S. 463) liegt gemäß §§ 143 und 148 LWG i. V. m. § 73 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG) in der Neu-fassung vom 12.11.1999 (SGV NRW 2010) in der Zeit vom 17. August 2007 bis 17. September einschließlich während der Dienststunden beim Bürgermeister der Stadt Tönisvorst, Verwaltungs-gebäude Vorst, St. Töniser Straße 8, Zimmer 3 und 4 zu jedermanns Einsicht aus.

Die Dienststunden sind:

**montags bis mittwochs von  
8.30 Uhr bis 12.30 Uhr  
donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und  
von  
14.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
sowie freitags von  
8.30 Uhr bis 12.00 Uhr.**

Der Antrag sieht vor, auf den Grundstücken des Kreises Viersen, Gemarkung Willich, Flur 12, Flurstücke 450 (Brunnen 1, 2, 6 und gepl. 7), Grundwasser in folgender Höchstmenge zu entnehmen:

**600 m³ stündlich  
12.000 m³ täglich  
225.000 m³ monatlich  
2.000.000 m³ jährlich.**

Nach erfolgter Aufbereitung dient das Wasser der Versorgung der Bevölkerung, des Gewerbes, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft mit Trink-, Brauch- und Feuerlöschwasser.

**Einwendungen** können schriftlich in **dreifacher Ausfertigung** oder mündlich zur Niederschrift **spätestens bis vier Wochen nach dem Ende der Auslegungsfrist** (bis zum 16. Oktober 2007) bei der o. a. Auslegungsstelle oder bei der Bezirksregierung Düsseldorf - Dezernat 54 -, Cecilienallee 2 in 40474 Düsseldorf (**unter Angabe des Aktenzeichens: 541.6.1.1 - 111/2004 VIE**) erhoben werden.

**Das gilt insbesondere auch für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Vorkehrungen oder auf die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf die Rechte des jeweils Betroffenen; gleiches gilt für die Geltendmachung von Ansprüchen auf angemessene Entschädigung in Geld wegen nachteiliger Wirkung des Unternehmens auf die Rechte des jeweils Betroffenen. Die Ansprüche sollen diejenigen Rechte, auf die sie gestützt werden, möglichst vollständig bezeichnen.**

In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, dass das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren nicht die privatrechtliche Inanspruchnahme fremder Grundstücke für das in den Antragsunterlagen dargestellte Unternehmen umfasst und regelt. Solche Inanspruchnahme kann zwischen Unternehmer und Grundstückseigentümer nur vertraglich oder durch behördliche Entscheidung im Enteignungsverfahren geregelt werden.

**Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nach § 73 Abs. 4 Sätze 3 und 4 VwVfG NW mit Ablauf dieser Einwendungsfrist alle Einwendungen**

ausgeschlossen sind, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen oder die das Verfahren verzögern. Im Falle eines gerichtlichen Verfahrens gilt auch dessen Verlängerung als Verzögerung in diesem Sinne.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird ein **Erörterungstermin** anberaumt, zu dem die Beteiligten noch besonders eingeladen werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass

1. bei Ausbleiben eines Beteiligten in einem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann,
2. etwaige Einwendungen bei den in der Bekanntmachung bezeichneten Stellen innerhalb der Einwendungsfrist vorzubringen und verspätet erhobene Einwendungen ausgeschlossen sind,
3. die Personen, die Einwendungen erhoben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen sind,
4. die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

Die **Einwendungen** haben neben dem Vor- und Zunamen die volle Anschrift des Einwenders zu tragen. Einwendungen die unvollständige oder unleserliche Namen bzw. Anschriften aufweisen bleiben unberücksichtigt.

Ebenso bleiben unberücksichtigt gleichförmige Eingaben i.S.d. § 17 VwVfG, die nicht deutlich sichtbar auf jeder – mit einer Unterschrift versehenen – Seite die Angaben über Namen und Anschrift von Vertretern **enthalten oder Vertreter bezeichnen, die nicht natürliche Personen sind.**

**Darüber hinaus werden nur solche Einwendungen Berücksichtigung finden, die erkennen lassen, welche Nachteile oder nachteiligen Wirkungen des Vorhabens die jeweiligen Einwender für sich geltend machen.**

**Beziehen sich die Einwendungen auf Nachteile betreffend das Eigentum oder die Nutzung von Grundstücken, sind die betreffenden Grundstücke unter Angabe von Gemarkung, Flur und Flurstück sowie Beifügung eines Lageplanes zu bezeichnen.**

Die Einwendungen werden an den Antragssteller weitergegeben, jedoch werden auf Verlangen der jeweiligen Einwender deren Namen und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit diese Angaben nicht zur Beurteilung des Inhalts der Einwendung erforderlich sind.

Düsseldorf, 25.07.2007

Bezirksregierung Düsseldorf  
- 541.6.1.1 - 111/2004 VIEIm

Auftrag  
gez. Esser  
Tönisvorster Amtsblatt Jhrg. 13/Nr. 17/S. 89

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 545

## Bekanntmachung der Stadt Tönisvorst

**Aufstellung des Bebauungsplanes Tö-17II „Gewerbegebiet-Nord, Neubearbeitung der Teile 1-3“ 2. vereinfachte Änderung, im Stadtteil St. Tönis;**

**hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung der öffentlichen Planauslegung**

Der Planungsausschuss der Stadt Tönisvorst hat in seiner Sitzung am 24.05.2007 gemäß § 2 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Tö-17II „Gewerbegebiet-Nord, Neubearbeitung der Teile 1-3“ 2. vereinfachte Änderung gefasst und die Durchführung der öffentlichen Planauslegung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der z. Zt. geltenden Fassung beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Tö-17II „Gewerbegebiet-Nord, Neubearbeitung der Teile 1-3“ 2. vereinfachte Änderung ergibt sich aus dem u.a. Kartenausschnitt.

**Abgrenzung der 2. vereinf. Änderung des Bebauungsplanes Tö-17II „Gewerbegebiet-Nord, Neubearbeitung der Teile 1-3“**

Ziel und Zweck der Bebauungsplanänderung im vereinfachten Änderungsverfahren gemäß § 13 BauGB ist die Schaffung von planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Zufahrt von der Vorster Straße.

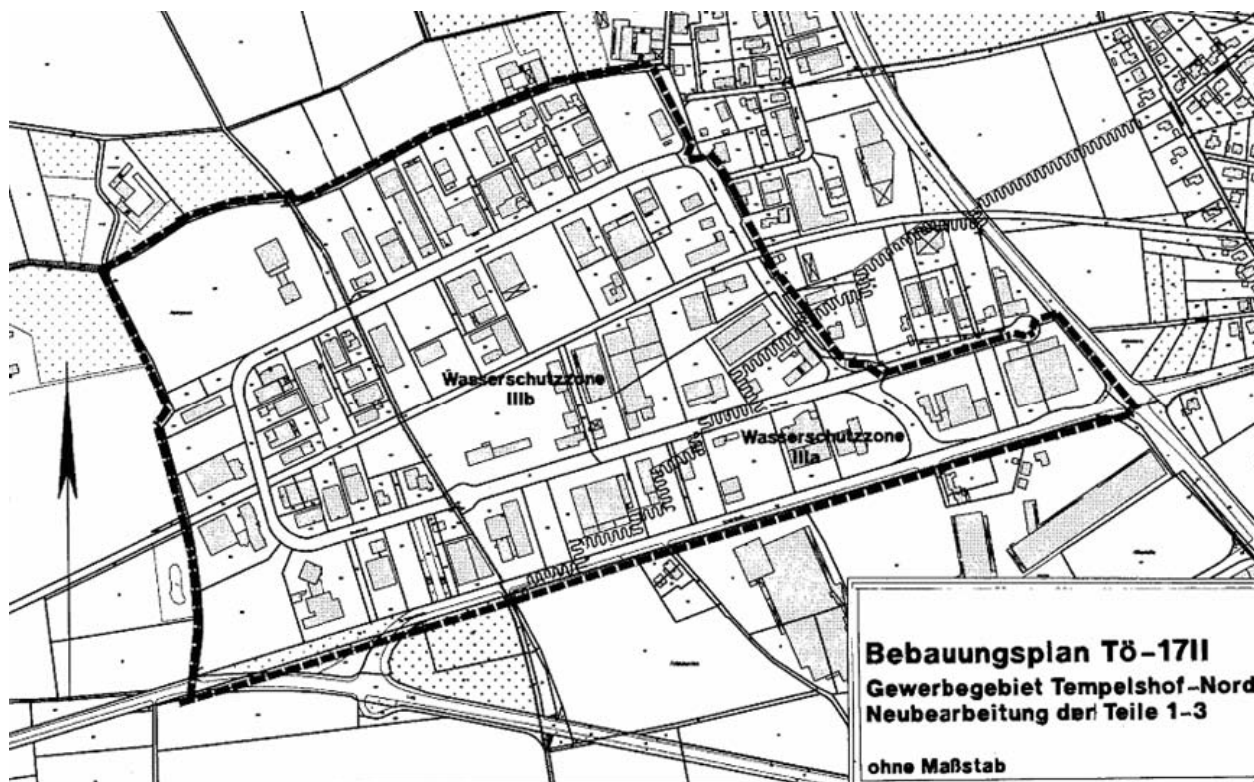
Es wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB darauf hingewiesen, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wird.

Die öffentliche Auslegung findet in der Zeit vom

**17. August 2007 bis einschl. 17. September 2007**

im Verwaltungsgebäude Vorst, St. Töniser Straße 8, Zimmer 3 und 4, während der Dienststunden statt.





#### Dienststunden sind:

montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis  
12.30 Uhr und von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
sowie freitags von 8.30 Uhr bis  
12.00 Uhr.

Während der angegebenen Zeit können der Entwurf des Bebauungsplanes Tö-17II „Gewerbegebiet-Nord, Neubearbeitung der Teile 1-3“ 2. vereinfachte Änderung einschl. Begründung eingesehen und erörtert sowie Anregungen schriftlich vorgebracht oder zur Niederschrift erklärt werden beim Team Umwelt und Planung der Stadt Tönisvorst im Verwaltungsgebäude Vorst, St. Töniser Str. 8, Zimmer 3 und 4. Über

fristgerecht mitgeteilte Anregungen entscheidet der Planungsausschuss bzw. Rat der Stadt Tönisvorst.

Auf eine frühzeitige Beteiligung der Bürger wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB verzichtet.

Tönisvorst, den 06.08.2007

Der Bürgermeister  
In Vertretung  
gez. Schmitz  
Beigeordnete

Tönisvorster Amtsblatt Jhrg. 13/Nr. 17/S. 90

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 546

## Bekanntmachung der Stadt Viersen

### EINLADUNG

Sitzung: Rat der Stadt Viersen  
Sitzungstag: 28.08.2007  
Sitzungsort: Sitzungssaal im Forum  
Beginn: 18.00 Uhr

#### Öffentliche Sitzung:

1. Bestimmung eines Schriftführers
2. Einführung eines Ratsmitgliedes

3. a) Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 15.05.2007  
b) Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2007
4. a) Achte Änderung der Hauptsatzung der Stadt Viersen  
b) Zehnte Änderung der Zuständigkeitsordnung
5. Umbesetzung des Schulausschusses
6. Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF), hier: Fortbildung für politische Mandatsträger
7. Vermögenshaushalt 2007;  
a) Zustimmung zur Leistung von Ausgaben gemäß § 82 GO NRW im Rahmen der vor-

- läufigen Haushaltsführung (Genehmigung von über-/außerplanmäßigen Abweichungen vom nicht genehmigten Haushalt)
- b) Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen 2007
- c) Änderung der Prioritätenliste 2007
8. Ausführung des Haushaltsplanes 2007; hier: Zustimmung von Ausgaben gemäß § 82 GO NRW im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung (Genehmigung von über-/außerplanmäßigen Abweichungen vom nicht genehmigten Haushalt)
9. a) Jahresabschluss 2006 der Entwicklungsgesellschaft der Stadt Viersen mbH  
b) Ergebnisverwendung und Entlastung der Geschäftsführung
10. Annahme eines Vermächtnisses
11. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Abwasserbetriebes der Stadt Viersen
12. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO durch den Rat; hier: Veränderungssperre Nr. 81 „Kanalstraße“ in Viersen  
- Beschluss der ersten Verlängerung -
13. Bebauungsplan Nr. 270-5 „Mackensteiner Gewerberg“ in Viersen-Dülken (Vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB)  
- Prüfung der Stellungnahmen -
14. Bebauungsplan Nr. 270-5 „Mackensteiner Gewerberg“ in Viersen-Dülken (Vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB)  
- Beschluss als Satzung -
15. 74. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Freiheitsstraße/Hosterfeld“ in Viersen  
- Aufhebung des Beschlusses über die 74. Änderung des Flächennutzungsplans -  
- Beschluss über die erneute Auslegung -
16. Bebauungsplan Nr. 44-2 „Freiheitsstraße/Hosterfeld“ in Viersen  
- Aufhebung des Satzungsbeschlusses -  
- Beschluss über die erneute Auslegung -
17. Bebauungsplan Nr. 147 „Freiheitsstraße/Eichenstraße - Regelung zur Nutzungsstruktur“ in Viersen  
- Beratung der Stellungnahmen -
18. Bebauungsplan Nr. 147 „Freiheitsstraße/Eichenstraße - Regelung zur Nutzungsstruktur“ in Viersen  
- Beschluss als Satzung -
19. Flächennutzungsplan Viersen (FNP); 72. Änderung (Bereich Auf dem Burgacker) in Viersen-Dülken  
- Beschluss der 72. Änderung des FNP -
20. Bebauungsplan Nr. 275-1 „Auf dem Burgacker“ in Viersen-Dülken  
- Beschluss über die Stellungnahmen -
21. Bebauungsplan Nr. 275-1 „Auf dem Burgacker“ in Viersen-Dülken  
- Beschluss als Satzung -
22. Bebauungsplan Nr. 277 „Viersener Straße/Mevissenstraße“ in Viersen-Dülken  
- Aufhebung des Satzungsbeschlusses -
23. Anfragen
24. Verschiedenes
- Nichtöffentliche Sitzung:**
- I. a) Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 15.05.2007  
b) Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2007
- II. Beteiligungsangelegenheiten
- III. Grundstücksangelegenheiten
- IV. Bestellung einer Prüferin
- V. Verleihung von Stadtplaketten
- VI. Verschiedenes
- VII. Mitteilungen aus der nichtöffentlichen Sitzung an Dritte
- Viersen, den 15.08.2007
- gez. Thönnessen  
Bürgermeister
- Abl. Krs. Vie. 2007, S. 547
- 
- Bekanntmachung  
der Stadt Viersen**
- Öffentliche Zustellung**
- Der an Herrn Marcel Braun, zuletzt wohnhaft Hohlstr.



24, 41747 Viersen, gerichtete Bescheid vom 06.08.2007, mit dem die Festsetzung der rückständigen Abwasserbeseitigungsgebühren für das Grundstück Hohlstr. 24, 41747 Viersen, aufgehoben wurde, konnte nicht zugestellt werden, da Herr Braun unbekannt verzogen ist. Es erfolgt daher die öffentliche Zustellung im Amtsblatt Kreis Viersen.

Der Bescheid über die Aufhebung der rückständigen Abwasserbeseitigungsgebühren kann bei der Stadtverwaltung Viersen – Zentrale Bauverwaltung Bahnhofstr. 23, 41747 Viersen, Zimmer: 125 eingesehen werden.

Der Aufhebungsbescheid gilt zwei Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt Kreis Viersen als zugestellt.

Viersen, den 06.08.2007

Stadt Viersen  
Der Bürgermeister  
Fachbereich 80 – Bauen und Umwelt –  
Zentrale Bauverwaltung  
Im Auftrag  
gez. Dieker

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 548

## **Bekanntmachung der Niederrheinwerke Viersen GmbH**

### **Jahresabschluss 2006**

Der Jahresabschluss 2006 der Niederrheinwerke Viersen GmbH wurde von der Gesellschafterversammlung am 22.06.2007 festgestellt.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers AG, Düsseldorf, hat nach dem Ergebnis der Prüfung den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **Bestätigungsvermerk**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Niederrheinwerke Viersen GmbH, Viersen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungsbelegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergän-

zenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungsbelegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen

Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Düsseldorf, den 29. Mai 2007

Pricewaterhouse Coopers AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rakel                                  ppa. Tovar  
Wirtschaftsprüfer                  Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss der Niederrheinwerke Viersen GmbH zum 31.12.2006 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht) liegt vom Tage der Veröffentlichung an eine Woche lang während der Dienststunden in der Verwaltung der Niederrheinwerke Viersen GmbH - Finanzbuchhaltung -, Rektoratstraße 18, 41747 Viersen, zur Einsicht offen.

Viersen, den 23.07.2007

gez. Kindervatter  
Geschäftsführer

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 549

## **Bekanntmachung der Niederrheinwerke Netz GmbH**

### **Jahresabschluss 2006**

Der Jahresabschluss 2006 der Niederrheinwerke Netz GmbH wurde von der Gesellschafterversammlung am 22.06.2007 festgestellt.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers AG, Düsseldorf, hat nach dem Ergebnis der Prüfung den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **Bestätigungsvermerk**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Niederrheinwerke Netz GmbH, Viersen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den er-



gänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Düsseldorf, den 29. Mai 2007

Pricewaterhouse Coopers AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rakel	ppa. Tovar
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss der Niederrheinwerke Netz GmbH zum 31.12.2006 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht) liegt vom Tage der Veröffentlichung an eine Woche lang während der Dienststunden in der Verwaltung der Niederrheinwerke Viersen GmbH - Finanzbuchhaltung -, Rektoratstraße 18, 41747 Viersen, zur Einsicht offen.

Viersen, den 23.07.2007

gez. Steffens  
Geschäftsführer

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 550

## **Bekanntmachung der Niederrheinwerke Viersen mobil GmbH**

### **Jahresabschluss 2006**

Der Jahresabschluss 2006 der Niederrheinwerke Viersen mobil GmbH wurde von der Gesellschafterversammlung am 11.06.2007 festgestellt.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers AG, Düsseldorf, hat nach dem Ergebnis der Prüfung den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **Bestätigungsvermerk**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bi-

lanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Niederrheinwerke Viersen mobil GmbH, Viersen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. Mai 2007

Pricewaterhouse Coopers AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rakel	ppa. Tovar
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss der Niederrheinwerke Viersen mobil GmbH zum 31.12.2006 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht) liegt vom Tage der Veröffentlichung an eine Woche lang während der Dienststunden in der Verwaltung der Niederrheinwerke Viersen mobil GmbH - Finanzbuchhaltung -, Rektoratstraße 18, 41747 Viersen, zur Einsicht offen.

Viersen, den 23.07.2007

gez. Steffens  
Geschäftsführer

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 551

## **Bekanntmachung der Niederrheinwerke Viersen aktiv GmbH**

### **Jahresabschluss 2006**

Der Jahresabschluss 2006 der Niederrheinwerke Viersen aktiv GmbH wurde von der Gesellschafterversammlung am 11.06.2007 festgestellt.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers AG, Düsseldorf, hat nach dem Ergebnis der Prüfung den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **Bestätigungsvermerk**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Niederrheinwerke Viersen aktiv GmbH, Viersen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. Mai 2007

Pricewaterhouse Coopers AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rakel	ppa. Tovar
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss der Niederrheinwerke Viersen aktiv GmbH zum 31.12.2006 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht) liegt vom Tage der Veröffentlichung an eine Woche lang während der Dienststunden in der Verwaltung der Niederrheinwerke Viersen aktiv GmbH - Finanzbuchhaltung -, Rektoratstraße 18, 41747 Viersen, zur Einsicht offen.

Viersen, den 23.07.2007

gez. Steffens  
Geschäftsführer

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 552

## **Bekanntmachung der NiederrheinWasser GmbH**

### **Jahresabschluss 2006**

Der Jahresabschluss 2006 der NiederrheinWasser GmbH wurde von der Gesellschafterversammlung am 23.04.2007 festgestellt.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers AG, Düsseldorf, hat nach dem Ergebnis der Prüfung den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **Bestätigungsvermerk**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der NiederrheinWasser GmbH, Viersen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Anga-

ben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. Mai 2007

Pricewaterhouse Coopers AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rakel	ppa. Tovar
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss der NiederrheinWasser GmbH zum 31.12.2006 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht) liegt vom Tage der Veröffentlichung an eine Woche lang während der Dienststunden in der Verwaltung der NiederrheinWasser GmbH - Finanzbuchhaltung -, Rektoratstraße 18, 41747 Viersen, zur Einsicht offen.

Viersen, den 23.07.2007

gez. Steffens  
Geschäftsführer

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 553

## **Bekanntmachung der Stadt Willich**

**über die Auslegung eines Antrags auf Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung für die Wassergewinnungsanlage Anrath-Darderhöfe der Wasserwerk Willich GmbH**



Der bei der Bezirksregierung Düsseldorf gestellte Antrag der Wasserwerk Willich GmbH (Unternehmerin) auf Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung gemäß §§ 2, 3, 4, 5 und 8 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10.05.2007 (BGBl. I S. 666) i. V. m. §§ 24, 26, 45 und 47 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) in der Fassung vom 25.06.1995 (GV. NRW. S. 926 / SGV. NRW. Nr. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV NRW S. 463) liegt gemäß §§ 143 und 148 LWG i. V. m. § 73 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG) in der Neufassung vom 12.11.1999 (SGV NRW 2010) in der Zeit

**vom 30.08.2007 bis zum Ablauf des 01.10.2007**

**im Technischen Rathaus der Stadt Willich, Rothweg 2, 47877 Willich-Neersen, Geschäftsbereich Stadtplanung, Zimmer 011, zu folgenden Zeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich auslegt:**

**Montags, dienstags und donnerstags  
von 07.30 Uhr bis 16.00 Uhr,  
mittwochs von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr,  
freitags von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr**

Der Antrag sieht vor, auf den Grundstücken des Kreises Viersen, Gemarkung Willich, Flur 12, Flurstücke 450 (Brunnen 1, 2, 6 und gepl. 7), Grundwasser in folgender Höchstmenge zu entnehmen:

**600 m<sup>3</sup> stündlich  
12.000 m<sup>3</sup> täglich  
225.000 m<sup>3</sup> monatlich  
2.000.000 m<sup>3</sup> jährlich.**

Nach erfolgter Aufbereitung dient das Wasser der Versorgung der Bevölkerung, des Gewerbes, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft mit Trink-, Brauch- und Feuerlöschwasser.

**Einwendungen** können schriftlich in **dreifacher Ausfertigung** oder mündlich zur Niederschrift **spätestens bis vier Wochen nach dem Ende der Auslegungsfrist** (bis zum **29.10.2007**) bei der o. a. Auslegungsstelle oder bei der Bezirksregierung Düsseldorf - Dezernat 54 -, Cecilienallee 2 in 40474 Düsseldorf (**unter Angabe des Aktenzeichens: 541.6.1.1 - 111/2004 VIE**) erhoben werden.

Das gilt insbesondere auch für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Vorkehrungen oder auf die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Vermeidung

nachteiliger Wirkungen auf die Rechte des jeweils Betroffenen; gleiches gilt für die Geltendmachung von Ansprüchen auf angemessene Entschädigung in Geld wegen nachteiliger Wirkung des Unternehmens auf die Rechte des jeweils Betroffenen. Die Ansprüche sollen diejenigen Rechte, auf die sie gestützt werden, möglichst vollständig bezeichnen.

In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, dass das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren nicht die privatrechtliche Inanspruchnahme fremder Grundstücke für das in den Antragsunterlagen dargestellte Unternehmen umfasst und regelt. Solche Inanspruchnahme kann zwischen Unternehmer und Grundstückseigentümer nur vertraglich oder durch behördliche Entscheidung im Enteignungsverfahren geregelt werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nach § 73 Abs. 4 Sätze 3 und 4 VwVfG NW mit Ablauf dieser Einwendungsfrist alle Einwendungen ausgeschlossen sind, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen oder die das Verfahren verzögern. Im Falle eines gerichtlichen Verfahrens gilt auch dessen Verlängerung als Verzögerung in diesem Sinne.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird ein **Erörterungstermin** anberaumt, zu dem die Beteiligten noch besonders eingeladen werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass

1. bei Ausbleiben eines Beteiligten in einem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann,
2. etwaige Einwendungen bei den in der Bekanntmachung bezeichneten Stellen innerhalb der Einwendungsfrist vorzubringen und verspätet erhobene Einwendungen ausgeschlossen sind,
3. die Personen, die Einwendungen erhoben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen sind,
4. die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

Die **Einwendungen** haben neben dem Vor- und Zunamen die volle Anschrift des Einwenders zu tragen. Einwendungen die unvollständige oder unleserliche Namen bzw. Anschriften aufweisen bleiben unberücksichtigt.

Ebenso bleiben unberücksichtigt gleichförmige Eingaben i.S.d. § 17 VwVfG, die nicht deutlich sichtbar

auf jeder – mit einer Unterschrift versehenen – Seite die Angaben über Namen und Anschrift von Vertretern enthalten oder Vertreter bezeichnen, die nicht natürliche Personen sind.

Darüber hinaus werden nur solche Einwendungen Berücksichtigung finden, die erkennen lassen, welche Nachteile oder nachteiligen Wirkungen des Vorhabens die jeweiligen Einwender für sich geltend machen. Beziehen sich die Einwendungen auf Nachteile betreffend das Eigentum oder die Nutzung von Grundstücken, sind die betreffenden Grundstücke unter Angabe von Gemarkung, Flur und Flurstück sowie Beifügung eines Lageplanes zu bezeichnen.

Die Einwendungen werden an den Antragssteller weitergegeben, jedoch werden auf Verlangen der jeweiligen Einwender deren Namen und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit diese Angaben nicht zur Beurteilung des Inhalts der Einwendung erforderlich sind.

Düsseldorf, 25.07.2007

**Bezirksregierung Düsseldorf**

- 541.6.1.1 - 111/2004 VIE-

Im Auftrag  
gez. Esser

Willich, 09.08.2007

Stadt Willich  
Der Bürgermeister  
In Vertretung  
gez. Martina Stall  
Technische Beigeordnete

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 553

## **Bekanntmachung der Stadt Willich**

**Planfeststellung für den Endausbau des Knotens A 44/A 52 des Autobahnkreuzes Neersen westlicher Ast (2. Bauabschnitt) von Bau-km 0+000,000 bis Bau-km 1+475,000 in der Gemarkung Neuwerk der Gemeinde Mönchengladbach Kreis Viersen, Regierungsbezirk Düsseldorf einschließlich**

- **der hiermit im Zusammenhang stehenden Änderungsmaßnahmen am bestehenden Straßen-, Wege- und Gewässernetz und Anlagen Dritter sowie**
- **Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege**

**auf dem Gebiet der Stadt Willich:**

**Gemarkung Neersen Flur 7, 8, 9, 18,**

**und auf dem Gebiet der Stadt Mönchengladbach:**

**Gemarkung Neuwerk Flur 3, 4**

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW – Regionalniederlassung Niederrhein, Mönchengladbach – (Straßenbaubehörde) hat für das oben bezeichnete UVP-pflichtige Bauvorhaben die Planfeststellung gemäß §§ 17 ff. des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in Verbindung mit den §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) beantragt.

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen), der auch die Unterlagen nach § 6 UVPg enthält, liegt in der Zeit **vom 10.09.2007 bis zum 09.10.2007 (einschließlich)**

**im Technischen Rathaus der Stadt Willich,  
Rothweg 2, 47877 Willich-Neersen,  
Geschäftsbereich Stadtplanung, Zimmer 011,  
zu folgenden Zeiten:**

**montags, dienstags und donnerstags von 07.30  
Uhr bis 16.00 Uhr,  
mittwochs von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr,  
freitags von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr**

**und bei der**

**Stadt Mönchengladbach  
Der Oberbürgermeister  
Fachbereich Vermessung und Kataster ,  
Geodatenzentrum, Rathaus Rheydt,  
Eingang G (Karstadtgebäude),  
Zugang rollstuhlgerecht, 2. Etage, Zimmer 2004,  
Markt 11, 41236 Mönchengladbach,  
zu den Dienstzeiten**

**montags bis mittwochs von 7.45 bis 12.30 Uhr  
und von 14.00 bis 15.00 Uhr,  
donnerstags von 7.45 bis 16.30 Uhr,  
freitags von 7.45 bis 11.00 Uhr**

**zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.**

Die Planunterlagen enthalten aus Gründen des Datenschutzes keine Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse bestimmter oder bestimmbarer natürlicher Personen; Namen und Anschrift der Eigentümer der betroffenen Grundstücke werden zum Beispiel nicht genannt. In den Planunterlagen werden die Grundstücke nur mit Katasterangaben bezeichnet.

Im Einzelnen wird auf folgendes hingewiesen:

1. Jeder kann bis spätestens vier Wochen nach

Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum **06.11.2007 (einschließlich)**, bei dem Landesbetrieb Straßenbau NRW als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde, Wildenbruchplatz 1, 45888 Gelsenkirchen oder bei den offenlegenden Städten Willich und Mönchengladbach **Einwendungen** gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.

#### **Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen ausgeschlossen (§ 17a Nr. 7 FStrG).**

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen.

Die Anhörungsbehörde wird gleichförmige Eingaben, die die geforderten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit Unterschrift versehenen Seite enthalten oder dem Erfordernis des § 17 Abs. 1 Satz 2 VwVfG NRW (der Vertreter kann nur eine **natürliche** Person sein) nicht entsprechen, gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG NRW unberücksichtigt lassen. Ferner wird die Anhörungsbehörde gleichförmige Eingaben insoweit unberücksichtigt lassen, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben (§ 17 Abs. 2 VwVfG NRW).

2. Rechtzeitig erhobene Einwendungen werden in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich bekannt gemacht wird. Diejenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen der Vertreter, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind außer der Benachrichtigung der Behörden und des Trägers des Vorhabens mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 Satz 4 VwVfG NRW).

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss der Erörterung beendet. Der Erörterungstermin ist **nicht öffentlich**.

3. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme an Erörterungsterminen oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
4. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht im Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
5. Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn außer an den Träger des Vorhabens mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 1 VwVfG NRW).
6. Vom Beginn der Auslegung des Plans treten die Anbaubeschränkungen nach § 9 FStrG und die Veränderungssperre nach § 9a FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 9a Abs. 6 FStrG).

Willich, 22.08.2007

Stadt Willich  
Der Bürgermeister  
In Vertretung  
gez. Martina Stall  
Technische Beigeordnete

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 555

## **Bekanntmachung der Stadt Willich**

### **Öffentliche Bekanntmachung über eine Ersatzbestimmung zum Rat der Stadt Willich**

Mit Erklärung vom 13.08.2007 hat Frau Annegret Rutsch, Krefelder Str. 345, 47877 Willich, zur Niederschrift vor mir als Wahlleiter erklärt, daß sie **mit Ablauf des 31.08.2007** ihr Mandat im Rat der Stadt Willich niederlegen wird.

Die Ersatzbestimmung für Frau Rutsch richtet sich nach § 45 KWahlG. Danach wird, wenn ein Mitglied



aus der Vertretung ausscheidet, der Sitz nach der Reserveliste von derjenigen Partei oder Wählergruppe besetzt, für die die Ausgeschiedene bei der Wahl aufgetreten ist. Unbeschadet der Reihenfolge auf der Reserveliste tritt im übrigen an die Stelle des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes der für ihn auf der Reserveliste bezeichnete Ersatzvertreter. Es bleiben jedoch auch die Bewerber aus der Reserveliste außer Betracht, die in der gemäß § 38 KWahlG vorgesehenen Form auf ihre Anwartschaft verzichtet haben. Für Frau Rutsch war kein Ersatzvertreter vorgesehen. Deshalb rückt aus der Reserveliste des Bündnis90/DIE GRÜNEN für Frau Rutsch nach der vorgenannten Überprüfung als nächster Ersatzbewerber

**Herr Hagen Becker, Severinstr. 9, 47877 Willich**

in den Rat der Stadt Willich nach.

Gegen die Feststellung der Ersatzbestimmung kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe jeder Wahlberechtigte des Wahlgebietes, die für das Wahlgebiet zuständige Leitung der Parteien und die Wählergruppen, die an der Wahl teilgenommen haben sowie die Aufsichtsbehörde Einspruch erheben, wenn sie eine Entscheidung über die Gültigkeit gem. § 40 Abs. 1 Buchstaben a bis c für erforderlich halten. Der Einspruch ist beim Wahlleiter der Stadt Willich, Hauptstr. 6, 47877 Willich, Schloß Neersen, Zimmer 203, schriftlich einzureichen oder mündlich zur Niederschrift zu erklären.

Willich, 14.08.2007

Stadt Willich  
Der Bürgermeister  
- als Wahlleiter-  
gez. Eckelboom  
Erster Beigeordneter

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 556

## Bekanntmachung der Fischereigenossenschaft Schwalm

### Einladung zur Genossenschaftsversammlung für die Fischereigenossenschaft Schwalm

Gemäß § 7 der Satzung für die Fischereigenossenschaft Schwalm lädt der Vorsitzende des Vorstandes zu einer Genossenschaftsversammlung am

**13. September 2006 um 17.30 Uhr**

in den Sitzungssaal des Schwalmverbandes, Borner Str. 45 a, 41379 Brüggen, ein.

### Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit / Stimmanteile
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Festsetzung der Haushaltspläne gem. § 8 (2) Ziffer 1 für die Rechnungsjahre 2007 und 2008
5. Wahl von zwei Rechnungsprüfern
6. Kassenbericht 2006
7. Mitteilungen

Zur Teilnahme an der Genossenschaftsversammlung sind gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung die Mitglieder berechtigt. Sie können sich durch ihre gesetzlichen Vertreter oder durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Ein Bevollmächtigter darf nicht mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten. Die Vollmacht bedarf der Schriftform.

Die Entwürfe der Haushaltspläne 2007 und 2008 sowie das Mitgliederverzeichnis der Fischereigenossenschaft Schwalm mit den Stimmanteilen liegen vom 23.08.2007 bis zum 13.09.2007 in der Geschäftsstelle der Fischereigenossenschaft beim Schwalmverband während der Dienstzeiten aus.

Weitere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Tel. 02163/9543-0.

Brüggen, den 15. August 2007

Der Vorsitzende  
gez. R. Holthausen

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 557

## Einwohner am 30. Juni 2007

(Eigene Fortschreibung der Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NW vom 31. Dezember 2006)

	insgesamt	männlich	weiblich
Brüggen	16.129	7.903	8.226
Grefrath	15.908	7.772	8.136
Kempen	36.192	17.626	18.566
Nettetal	42.468	20.753	21.715
Niederkrüchten	15.398	7.553	7.845
Schwalmtal	19.312	9.475	9.837
Tönisvorst	30.347	14.738	15.609
Viersen	75.965	36.541	39.424
Willich	52.045	25.548	26.497
<b>Kreis Viersen</b>	<b>303.764</b>	<b>147.909</b>	<b>155.855</b>

Abl. Krs. Vie. 2007, S. 557







**Herausgeber:** Der Landrat des Kreises  
Viersen - Hauptamt, Rathausmarkt 3,  
41747 Viersen, Tel. (02162) 39 - 1027  
E-Mail: [Amtsblatt@kreis-viersen.de](mailto:Amtsblatt@kreis-viersen.de)

**Erscheinungsweise:** Alle 14 Tage

**Topographisches Landeskartenwerk:**

Vervielfältigt und veröffentlicht mit Genehmigung  
des Landrats des Kreises Viersen  
- Katasteramt -

**Bezug:** Inklusive Versandkosten

Jahresabonnement: 48,00 EUR

Einzelabgabe: 1,20 EUR

zahlbar im voraus nach Erhalt der Rechnung

(Zu bestellen beim Herausgeber)

**Kündigung:** Nur zum Jahresende, sie muss bis  
zum 31. Oktober beim Herausgeber vorliegen.

**Verantwortlich für den Inhalt:** Landrat  
Peter Ottmann

**Druck:** Hausdruckerei Kreisverwaltung Viersen